

# Eröffnung der Völkerbundrats-Tagung

Genf, 2. Juli. (Fig. Tel.) Die Tagung des Völkerbundrates begann gestern vormittag unter Vorsitz von Salandra mit einer Geheimnisnacht, in der zunächst die Tagesordnung zu den Verhandlungen festgelegt und beschlossen wurde, die die Frage am Montag nachmittag zu beraten. Die Entscheidung über die Frage der Öffentlichkeit dieser Verhandlungen nahm längere Zeit in Anspruch. Lord Robert Cecil setzte sich energisch dafür ein, daß möglichst alle Verhandlungen des Rates, besonders aber diejenigen über die Saarfrage, die in Europa und Amerika mit größtem Interesse verfolgt würden, öffentlich geführt werden sollten. Als Hanoteaux namens Frankreichs dem widersprach, weil es sich um eine sehr delikate politische Frage handelte, verlangte Lord Cecil, daß mindestens seine Erklärung zu dem englischen Antrag veröffentlicht werden solle. Aber Hanoteaux widerlegte sich auch diesem Antrag aus formalen und technischen Gründen. Formal sei ein solches Vorgehen unzulässig, und praktisch sei es unmöglich, eine immerhin einseitige Erklärung zu veröffentlichen, ohne auch die Gegenerklärung der Öffentlichkeit zu übergeben, wodurch dann aber eine öffentliche Verhandlung herauskäme.

Präsident Salandra vertagte nach längerer Aussprache, in der u. a. auch geltend gemacht wurde, daß sich die Mitglieder des Rates in geheimer Verhandlung mit größerer Freiheit ausdrücken könnten, die weitere Debatte über die Frage der Öffentlichkeit. Es ist aber mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Verhandlungen über die Saarfrage nicht öffentlich geführt werden.

Auf der Tagesordnung steht u. a. auch die Frage der Auslegung des Artikels 4, des Minderheitenschutzvertrages, der für die deutschen Minderheiten in Polen von ungeheurer Bedeutung ist. Der genannte Artikel bestimmt die Staatsangehörigkeit der Minderheiten, und es hat sich gezeigt, daß Polen das Bestreben hat, allen Deutschen die polnische Staatsangehörigkeit nicht zu gewähren, die zwar von Eltern geboren sind, die in den abgetretenen Gebieten wohnhaft waren, die aber zur Zeit des Inkrafttretens des Friedensvertrages (10. Januar 1920) bereits gestorben waren. Dadurch würde es der polnischen Regierung möglich, diese Deutschen, die nach dem Sinne des Minderheitenschutzvertrages zweifellos Polen werden müßten, ihres Besitzes zu berauben und sie von Haus und Hof zu verjagen. Deshalb haben die deutschen Minderheiten in Polen gefordert, daß die Auslegung des Artikels 4 dem Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag übertragen werde. Die polnische Regierung hat den Antrag gestellt, die ganze Frage von der Tagesordnung des Rates abzusehen, aber es ist nicht anzunehmen, daß sie damit durchdringt, denn sie würde ihr die Freiheit lassen, inzwischen durch praktische Maßnahmen eine spätere Auslegung zwecklos zu machen. Die Danziger Frage wird wahrlich am Mittwoch oder Donnerstag zur Verhandlung kommen.

## Bonden zurückgetreten

Paris, 2. Juli. (Fig. Tel.) Wie das Radiobureau aus offizieller Quelle erfährt, hat der amerikanische Vertreter in der Reparationskommission Bonden aus strengpersönlichen Gründen in Washington seine Demission eingereicht. Die amerikanische Regierung soll das Rücktrittsgesuch angenommen haben. Selbstverständlich, so heißt es in der Meldung weiter, bedeutet der Rücktritt Bondens nicht etwa, daß die Vereinigten Staaten sich an den Arbeiten der Reparationskommission nicht weiter beteiligen wollen. Vielmehr soll bereits in Washington ins Auge gefaßt worden sein, einen der Pariser Mitarbeiter Bondens zu seinem Nachfolger zu ernennen.

Kronprinz Gustav Adolf von Schweden hat sich in London mit Louise Mountbatten verlobt, einer Tochter des Prinzen Ludwig von Wettinberg von

Sachsen. Der Kronprinz war in erster Ehe mit einer Prinzessin von Connaught verheiratet, die 1920 verstorben ist. Die Verlobung wird in London als ein Zeichen der zunehmenden politischen Annäherung Schwedens und Englands angesehen.

## Angriffe auf die Reichsregierung

Breslau, 2. Juli. (Fig. Tel.) Eine Bezirkskonferenz der mittelschlesischen Sozialdemokratie nahm nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Scholich eine Entschließung an, die sich scharf gegen die Reichsregierung wendet und außer den bekannten sozialdemokratischen Forderungen zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik und Außenpolitik auch die Entfernung des Reichsbankpräsidenten enthält. Diese Forderungen seien, so heißt es, mit der Regierung Cuno nicht durchzuführen, und es sei daher notwendig, um die Machtverhältnisse zu klären, der Regierung Cuno scharfe Opposition zu machen und dem Bürgerblock allein die Verantwortung für die heutige Lage zu überlassen.

Der wirtschaftliche Druck macht sich nicht nur in dieser Versammlung des Landes der sozialdemokratischen Agitation bemerkbar, sondern wirkt sich ähnlich auch in der Politik des Zentrums aus. In der schlesischen Volkszeitung erklärt der Generaldirektor der schlesischen Zentrumsgruppe Dr. Wolf, daß die Maßnahmen des Reichswirtschaftsministers Dr. Brücker gegen die Spekulation in keiner Weise ausreichen. Er wendet sich besonders scharf gegen den Mißbrauch der deutschen Abwehrkraft durch die demagogische Agitation, die neuerdings in Schlesien, besonders in den katholischen Kreisen, an Ausbreitung gewinnt.

## Thüringer Demokraten-Tagung

Jena, 2. Juli. (Fig. Tel.) Der Parteitag des Landesverbandes Thüringen der Deutschen Demokratischen Partei, der gestern in Weimar abgehalten wurde, nahm Referate der Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Rosenthal, Fel. Dr. Schulz und Prof. Dr. Krüger über die politische Lage, die thüringische Schulfrage und die Finanzlage Thüringens entgegen. Im Anschluß an eine allgemeine Aussprache wurde der demokratischen Landtagsfraktion für ihre folgerichtige und zielbewußte Haltung Dank und Anerkennung ausgesprochen.

## Einigungsverhandlungen in der Metallindustrie

Berlin, 2. Juli. (Fig. Tel.) Im Reichsarbeitsministerium begannen heute vormittag die Verhandlungen zwischen dem Verband der Berliner Metallindustriellen und dem Metallarbeiterverband. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob der Streik in der Berliner Metallindustrie, der von der Funktionalversammlung auf Grund des Urabstimmungsergebnisses für heute beschlossen worden war, zur Durchführung gelangt. Zu Beginn der heutigen Verhandlung teilte der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes Uhrig mit, daß die Arbeitnehmer von ihrer bisherigen Forderung von 10.000 M. Stundengeld für die letzte Juniwoche auf 8.000 M. herabgegangen seien. Diese Summe ist immer noch 2000 M. höher als die vom Schlichtergericht zuerkannten 6000 M. Ferner erklärte er, daß die Arbeitnehmer künftig auf einer zweimaligen Lohnauszahlung in der Woche bestehen müßten, und zwar sollte die eine Hälfte des Wochenlohnes am Montag, die andere Hälfte am Donnerstag ausbezahlt werden. Nach diesen Erklärungen zogen sich die beiden Parteien zu gesonderten Beratungen zurück, die vermutlich lange dauern dürften, so daß vor heute noch ein Ergebnis kaum zu erwarten ist.

Der Beginn des Streiks in der Berliner Metallindustrie ist auf Grund der vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Vermittlung hinausgeschoben worden. Es wurde eine erweiterte Streikleitung gebildet, die über den Beginn des Streiks und darüber entscheiden soll, welche Betriebe zuerst in den Kampf gezogen werden sollen.

## Grabskis erfolglose Finanzpolitik

Berlin, 2. Juli. (Fig. Tel.) Ueber die unmitteldbaren Gründe für das Scheitern des polnischen Finanzministers Grabki hat unser Korrespondent:

Die Denkschrift Grabkis verfolgte den Zweck, eine gewisse Unterlage für eine auswärtige Anleihe zu schaffen, mit der der trotzliche Selbstvertrauen des Staatshaushaltes für 1923 notwendig auszugleichen werden sollte. Wie es scheint, hatte Grabki nach zwei Seiten hin bindende Verpflichtungen gegeben: seiner Regierung, daß er eine größere Auslandsanleihe zustande bringen werde, und einer französischen Gruppe (unter Einverständnis und mit der Billigung der französischen Regierung), daß er durch eine energiegelbe Steuerreform die Staatskasse füllen und durch eine scharfe Defizitpolitik die weitere Inflation aufhalten werde. Nun steht der Minister ein, daß er keine dieser Verpflichtungen halten kann. Seine Steuerpolitik findet nicht einmal bei seinen eigenen Parteigenossen von der Rechten Unterstützung, und die Markt-Konferenz ist vollständig in die Brüche gegangen. Der künstlich gehaltene Kurs bröckelt trotz scharfter Maßnahmen täglich wieder ab. Die Lodzger Industrie hat es rundweg abgelehnt, ihre Ausführbeuten der Staatsdarlehnskasse auszuliefern, und die obereschlesische Industrie dürfte ihr auf diesem Wege folgen. Daß sich sowohl die französische Regierung wie die französische Finanzwelt die Taschen zudrückt, ist begreiflich, und so blieb Grabki nichts anderes übrig, als zu gehen. Der Satz in seinem Abschiedsgesuch, daß er auch politisch mit dem jetzigen Kabinett nicht genügend zusammenarbeiten könne, läßt einen tiefen Einblick in die neue nationalistische Regierung vermuten. Man muß sich demnach auf weitere Uebertragungen im gegenwärtigen Kabinett gefaßt machen.

## Scharfe Opposition

Berlin, 2. Juli. (Fig. Tel.) Der Generalrat der polnischen sozialistischen Partei hat den Beschluß gefaßt, den Kampf gegen die Regierung mit größter Energie fortzusetzen. Eine Entschließung wird der Regierung die Schuld an der unaufrichtigsten Feindschaft der Regierung, an der katastrophalen Lage für Staat, Handel und Volkswirtschaft vor. Eine weitere Entschließung betont, dem polnischen Staat drohe Gefahr von den reaktionären Geheimbünden und fordert zum tüchtigsten Widerstand gegen etwaige Vorküschelversuche auf.

## Polen und die Kleine Entente

Berlin, 2. Juli. (Fig. Tel.) Auf der Konferenz der Kleinen Entente in Smolaj, die angeblich den Beitritt Polens zur Kleinen Entente beraten soll, wird sich Polen nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, durch den Minister des Auswärtigen, sondern durch seinen Botschafter Gesandten vertreten lassen. Daraus kann man wohl schließen, daß in Smolaj keinerlei bindende Beschlüsse über den Beitritt Polens gefaßt werden dürften. Nach der jüngsten tschechisch-polnischen Pressekampagne erscheint das recht begreiflich.

## Kleine politische Nachrichten

Das Amtsgericht in Großenhain hat den Buchhändler Heinzmann in Dresden auf Grund des Befehles zum Schutze der Republik wegen Einverleumdung einer verborenen nationalpolitischen Versammlung in Großenhain zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

In Rom geführte Verhandlungen deutscher Vertreter mit der schiedlichen Regierung über die Regelung der aus der Kriegszeit stammenden Streitfragen und über den Abschluß eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens, haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Verträge sind am 27. Juni unterzeichnet worden.

Die kommunistische Fraktion des Danziger Parlaments hat sich aufgelöst und ist zur sozialdemokratischen Fraktion übergetreten. Durch diesen Zusammenschluß erhöht sich die Zahl der sozialdemokratischen Fraktion auf 37 und

wird dadurch zur stärksten Fraktion der Danziger Volksvertretung.

Als Vergeltungsmaßnahme für die Erklärung der Gutenbergsdruckerei in Koblenz beschlagnahmte die französische bei der Koblenzdruckerei Reichsadant nebenstelle 270 Millionen Mark, weil die Stadt Koblenz sich geweigert hatte, eine größere Geldsumme zu bezahlen.

Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung aus New York ist dort als neuester französischer Propagandist General Gourand plötzlich eingetroffen. Darauf hat das Journal of Commerce begonnen, täglich einen gegen Frankreich gerichteten Leitartikel zu veröffentlichen. Ebenso bringt jetzt die Weich vorwiegend für Deutschland günstige Artikel des früheren Rheinlandskommissars Royes, in denen dargelegt wird, daß Deutschland an Reparationen höchstens 15 Milliarden Dollar zahlen könnte.

Der Vizepräsident von Venezuela, Juan Gomez, ist in seinem Amt ermordet worden. Die Gründe sind unbekannt. Der Ermordete war der Bruder des Präsidenten Gomez und übte in dessen Namen eine diktatorische Regierung aus.

## Angora soll selbst entscheiden

Paris, 2. Juli. (Fig. Tel.) Das Eintreffen der Instruktionen der alliierten Regierungen für die Regelung der schwebenden Fragen der Orientkonferenz wird für heute bestimmt erwartet. Es heißt, die Alliierten hätten sich darauf geeinigt, der türkischen Delegation keine bestimmte Lösungssatz vorzuschlagen, sondern ihr die Auswahl zwischen den Lösungen zu überlassen, die in Paris und London ausgearbeitet worden sind. Es handelt sich um folgende Punkte: 1. völlige Ausschaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen aus dem Vertrag und gleichzeitige Verlängerung der Okkupation Konstantinopels bis zur Regelung der Coupon- und der Konzeptionsfrage innerhalb einer bestimmten Frist oder 2. Anerkennung einer Form für die Lösung der Couponfrage ähnlich der kürzlich mitgeteilten, aber kaum mit ihr identisch, da jene Formel die Zustimmung der Pariser Regierung wahrscheinlich nicht gefunden hat. In der Frage der Vorkriegsleistungen könne in letzterem Falle, wenn die bereits in Angora eingeleiteten Verhandlungen nicht innerhalb einer bestimmten Frist zu einer Einigung führen, eine schiedsgerichtliche Erledigung in Betracht.

Da das Schwerkgewicht der Entscheidung in Paris liegt, ist das Mitglied der türkischen Delegation Dr. Reshid Bei mit besonderen Autoritäten James Pallas nach Paris abgereist. Die türkische Delegation ist beiden Ententevorsitzenden abgeneigt, da eine Verlängerung der Besetzung Konstantinopels unter keinen Umständen in Frage kommen kann und andererseits eine vorübergehende Anerkennung des Dekrets Muhtaroms, wie sie von französischer Seite gefordert wird, für die Türkei folgenlos sein würde.

## Ein Bombenattentat in Budapest

Budapest, 2. Juli. (Fig. Tel.) In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag warfen bisher noch unbekannt Täter eine Handgranate in das Kaffeehaus Club, die jedoch nicht explodierte. Einige junge Leute wurden unter dem Verdacht der Täterhaft verhaftet.

Ergen das Kaffeehaus wurden, wie erinnerlich, von den „Erwachenden Magyaren“ bereits zwei Attentate verübt. Zweifelloos steht das Attentat in Verbindung mit dem Brüdern Kovacs, über deren Untaten noch die Untersuchung schwebt.

Völlig unerwartet ist in Budapest am Sonnabend der Innenminister Velitska zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger ist Graf Egenwald Csaky ausgerufen. Ueber die Ursache des Rücktritts verläutert nichts Bestimmtes, doch scheinen politische Gründe maßgebend gewesen zu sein.

## Ein unsterblicher Journalist.

Zum 100. Geburtstag Ferdinand Rürbergers am 3. Juli.

Von Dr. Heinrich Taschner

Wenn je an einem Literaten, so hat sich an Rürberger der Fluch des Tageschriftstellers erfüllt, nach dem all sein Schaffen mit dem Tage untergeht. Ferdinand Rürberger war aber in Wahrheit ja unendlich viel mehr als ein Tageschriftsteller. Er war ein kritischer Geist von ganz ungewöhnlicher Schärfe des Urteils und er war schließlich ein Dichter — nimmt alles nur in allem. Und da Ferdinand Rürberger ein Dichter war, so geschah das Wunder, daß 30 Jahre nach seinem Tode mit dem Dichter der Kritiker und der Journalist wieder auferstand, daß man begann, seine Werke gesammelt herauszugeben, ja noch mehr: daß man sie las und fast erschreckt war von dieser Farbigkeit der Schilderung, von seiner üppigen Phantasie, die einem scharf und unerbittlich konstatierenden Intellekt entsprang. Freilich blieb die Lesergemeinde, die still genießend den verbittert geschriebenen Wiener Junggelehrten verehrt, auf eine nicht gerade respektable Zahl literarischer Feinschmecker beschränkt. Denn literarisch — das ist Rürberger zeitlessly gewesen und geblieben: auch als Tageschriftsteller schuf er nicht für die breite Menge, und leichtverständliches Respekt hat er nie von sich gegeben, so gut er die Gulden und Kreuzer des Honorars hätte brauchen können. Von seinem Wert war Rürberger mehr als überzeugt: es gibt genug Anzeichen über ihn, die sich über seinen Größenwahn lustig machen. Demals, zu seinen Lebzeiten, klang das alles ein wenig komisch, und man ging über seine Schwächen mit verheißendem Lächeln hinweg. Heute weiß man, daß er genau wußte, was er wert war und daß er von aller Welt unterschätzt wurde.

Seine äußeren Lebensumstände trugen nicht zum wenigsten dazu bei. Wer nichts aus sich macht, ist nichts und gilt nichts, wenigstens nicht bei denen, die nur nach äußerlichen Dingen urteilen. Und das haben halt immer die meisten getan. Als armer Deutscher Kind war Ferdinand Rürberger am 3. Juli 1813 in Wien geboren. Als armer Student der

Philosophie schlug er sich durch, bis er bei einer Zeitung längliches Brot fand. Rürberger und bescheiden eines gebildeten Deutschen, der von der Neuen Welt schwer enttäuscht in die Heimat zurückkehrte. Denn aus amerikanische Epochen hat ihn schließlich zu diesem Buch angezogen, und er hat sich nun den Ergebnissen des unglücklichen Poeten inspirieren lassen. Aber was in diesem Roman weit mehr fesselt als die Fabel, das ist die geistreiche Reflexion, die Durchdringung des Stoffes mit dem Gedanken.

Rürberger war ein Dichter, der große epische Werke „Das Schloß der Freud“, „Als der Roman, an dem Rürberger immer wieder gearbeitet, geändert und gefirmt hatte, schließlich in der Wiener Deutschen Zeitung zu erscheinen begann, da wurde das Blatt um des Romans willen so oft konfiszieren, daß der Verleger wohl oder übel den Abbruch einstellen mußte.

Ein in seinen phantastisch-barocken Romanen kommt nicht minder der feinsinnige Dichter zu Worte; in den „Literarischen Herzenssachen“, die gesammelt erst kurz vor seinem Tode erschienen, spiegelt sich das künstlerische Bewusstsein eines heilnahen, aufrechten Kritikers wider, der nach dem Vorbild Dickens stets gern die Oculogenität zu ästhetischen Aufzeichnungen ergriff. Darin ist Rürberger der Gammelter der rührreichen Wiener Kritik, der Vorgänger eines Spießbüchlers und eines Anwalt gewesen. Aber wie man den Romanidioten Rürberger lesen sollte, so sollten auch alle diejenigen, denen heute das kritische Nachdenken anreizt, sich in seine „Elegien“, in seine „Literarischen Herzenssachen“ vertiefen.

„Derz und Reander“ als Oper. Die vieraktige Oper „Derz und Reander“ von Paul Ried Schmidt mit dem Grillparzerischen Text (zusammengestellt von Kurt Sternsdorff) fand bei der Uraufführung im Rürberger Stadttheater ungewöhnlich begeisterte Aufnahme. Es handelt sich um ein ganz vorzügliches Werk, die erste Oper des Komponisten, der bisher nur als Sinfoniker an die Öffentlichkeit getreten ist. Seine Musik, die an Ideen reich ist und in der feinsten Weise auf alle Stimmungen der Verse einget, zeichnet sich auch durch spitzende Beherrschung der Harmonik und der Orchestrierung aus.

Die zwige Barthelemy. Aus Wien wird uns berichtet: Eine der letzten Größen des alten Burgtheaters in Wien (wer?) hat durch tiefen

Kollegen und Direktor Paulsen mitgeteilt, daß er eine Vertragsunterbrechung nicht eingehen könne und heute zum letzten Male in der Burg aufträte, weil er sich infolge der ungewöhnlichen Zustände genötigt sehe, seine weitere Mitwirkung dem Staatstheater zu verweigern. Damit erhält Direktor Paulsen eine sehr wesentliche Unterstützung gegen die erneut versuchte Bureaukratisierung der staatlichen Bühnen. — Unterrichtsminister Dr. Schneider hat die Absicht für den Fall, daß sich Direktor Paulsen weigern sollte, die Regie, die er vorgetrieben niedergelegt hatte, weiterzuführen, ihn kontraktbrüchig zu erklären und ihn im Disziplinarwege seines Postens zu entheben. Paulsen nimmt dagegen den Standpunkt ein, daß sein Vertrag ihn ausdrücklich nur als Direktor und nicht als Regisseur dem Burgtheater verpflichtet. Eine endgültige Entscheidung in der Direktionsfrage dürfte in Kürze erfolgen.

Ein wiedergefundenes Bild von Ludwig Richter. Ein Gemälde des Malers Ludwig Richters, das bereits als verschollen bekannt war, ist nach einem Bericht des Kunstwanderers kürzlich aufgefunden und von der Dresdener Gemäldegalerie erworben worden. Es handelt sich um ein großes Ölbild, das aus dem Jahre 1826 stammt und also von dem Künstler mit 23 Jahren geschaffen wurde. Das Bild, das die Ebene und im Hintergrund das Gebirge von Palästina darstellt, zeigt stark leuchtende kräftige Farben, die den italienischen Einfluß verraten. Es war 1829 in Hamburg ausgeführt und seitdem verschollen.

Die nächste Sonnenfinsternis und die Einbeziehung Relativitätstheorie. Professor Lubendorff, der Direktor des Astrophysikalischen Observatoriums in Potsdam (ein Bruder des Generalen), hat von der negativen Regierung die Einbeziehung erhalten, an den dortigen Beobachtungen der am 10. September dieses Jahres bevorstehenden Sonnenfinsternis teilzunehmen. Lubendorff wird, nachdem die von seinem Observatorium mit unternommenen Beobachtungen auf der Weidnachtsinsel im vorigen Jahre unter Leitung von Professor Freundlich infolge der Ungunst der Witterung nicht zustande kamen, die Gelegenheit brauchen, um die zur Überprüfung der Einbeziehung Relativitätstheorie notwendigen Beobachtungen zu machen.